phvn Aktuell

Februar 2022

© Christian Horz – Adobe Stock

Das Bildungsland Niedersachsen am Ende der Großen Koalition

Von Horst Audritz, Vorsitzender

Im Jahr 2017 wurde die Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und der CDU für die 18. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages bis 2022 geschlossen. Im Oktober 2022 steht die Neuwahl bevor.

„Innovation, Sicherheit und Zusammenhalt“ waren angekündigt, auch für den Bereich der Bildung. Wie fällt die Bilanz nach fast fünf Jahren Zusammenarbeit aus der Perspektive der Schulen aus? Haben sich die Lernbedingungen und Bildungschancen für die Schülerinnen und Schüler entscheidend verbessert? Und wie steht es um die Attraktivität des Lehrerberufs, die Wertschätzung der Lehrkräfte und die Arbeitsbedingungen?

Die Bilanz ist ernüchternd

Nehmen wir es vorweg: Die Bilanz ist ernüchternd, auch wenn Corona im Koalitionsvertrag noch nicht abzusehen war. Von einem „großen Sprung“ nach vorn ist nichts zu sehen. Das gilt besonders für das erklärtermaßen Grundsätzliche, nämlich die Bildungslandschaft „zukunftsgerecht“ zu gestalten und dabei zwei Schwerpunkte zu setzen: „Wir werden die Unterrichtsversorgung verbessern und dafür sorgen, dass in unseren Schulen Bildung mit digitalen Medien zum Alltag gehört.“ Wo steht Niedersachsen jetzt? Exemplarisch wollen wir Kernfragen beleuchten.

Unterrichtsversorgung

☹ **Ziel nicht erreicht:** Ziel war für die allgemeinbildenden Schulen eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent im Landesdurchschnitt. Erreicht wurde zum Stichtag 10.09.2020 eine Unterrichtsversorgung von 99 Prozent mit deutlichen Unterschieden zwischen den Schulformen. 2017 lag die Unterrichtsversorgung bei 98,7 Prozent. Um Engpässe abzufedern – das hat Corona verstärkt gezeigt – ist aber eine deutlich höhere Unterrichtsversorgung nötig, im Idealfall 130 Prozent. Denn nach wie vor fließen nur etwa 80 Prozent der Lehrerstunden in den Pflichtunterricht. Ein geplantes, neues Berechnungsverfahren der Unetrrichtsversorgung mit mehr Transparenz für alle Beteiligten steht immer noch aus. Statt Personalaufstockungen sind Personalverschiebungen die Regel.

phvn Philologenverband Niedersachsen

Lehrkräfte – bessere Arbeitsbedingungen

Ziel nicht erreicht: „Wir streben eine neue Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte an. Dabei soll berücksichtigt werden, dass Lehrkräfte über 55 Jahre eine zusätzliche Entlastung erhalten."

Corona darf kein Hinderungsgrund sein, das weiter auf die lange Bank zu schieben, zumal Niedersachsen im Vergleich der Bundesländer hier entscheidend hinterherhinkt.

Selbstverständlich müssen Besoldungserhöhungen zeit- und inhaltsgleich den Ergebnissen der Tarifverhandlungen folgen. Sonderzuwendungen wie das Weihnachtsgeld – das ist ein Zeichen der Wertschätzung – sind auf das alte Niveau zu erhöhen, eingeschlossen die Pensionäre.

Aber auch bei der Entlastung von Lehrkräften und Schulleitungen von verwaltungsfremden Aufgaben (u.a. durch Einstellung von Verwaltungsmitarbeitern, Schulsozialarbeitern, die Erhöhung der Anrechnungsstunden und weiteres Unterstützungspersonal) geht es nur im Schneckentempo voran. Durch die Pandemie haben die Verwaltungsaufgaben sogar zugenommen.

Insgesamt muss die Lehrerarbeitszeit endlich rechtskonform gemäß Arbeitszeituntersuchungen gestaltet werden. Das gilt für die allgemein zu hohe Unterrichtsverpflichtung wie die überdurchschnittlich hohe Arbeitszeit von Teilzeitlehrkräften, Funktionsstelleninhabern und von Lehrkräften, die die in der Oberstufe und im Abitur eingesetzt werden.

In der Aus-, Fort- und Weiterbildung, die „regelmäßig an die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft angepasst werden" soll, „z.B. in Bezug auf Inklusion, Integration und Digitalisierung", mangelt es an Konzepten für die Unterrichtpraxis, ganz zu schweigen von der Absicht, die Studienseminare zukunftsfähig aufzustellen. Neben Kapazitätserweiterungen gilt es, die Ausbildungsbedingungen für die Auszubildenden und die Ausbildenden zu verbessern.

Digitalisierung

Beträchtliche Defizite: „Das Lernen mit digitalen Medien ist ein zentrales Zukunftsthema. ... Unser Bildungsziel ist die Bereitschaft und Fähigkeit zu selbstbestimmtem Denken und Handeln in einer digitalisierten Welt."

Ohne die Pandemie wäre es sicher nicht zu einem Digitalisierungsschub in den Schulen gekommen. Der Nachholbedarf ist aber lange noch nicht abgeschlossen. Es galt in der Pandemie erst einmal, Fern- und Wechselunterricht digital zu ermöglichen, was in vielen Gebieten rein technisch immer noch an Grenzen stößt. Für umfassenden Digitalunterricht waren die Schulen nur unzulänglich ausgestattet und vorbereitet. Und Digitalunterricht ist weitgehend noch analoger Unterricht über digitale Medien. Wir benötigen schnellstens neue pädagogische Konzepte und mehr Tempo bei der Ausstattung der Schulen, vor allem brauchen wir mehr Systembetreuer. Ungelöst sind weiterhin entscheidende Datenschutzfragen, die es den Lehrkräften erschweren, digitale Medien rechtssicher einzusetzen.

Die Digitalisierung darf darüber hinaus kein Alibi für Einschränkungen des Präsenzunterrichts und Einsparungen beim Lehrpersonal sein. Digitalunterricht ist kein Ersatz für Präsenzunterricht, sondern eine Ergänzung. Bildung und Erziehung, Wertevermittlung, individuelle Förderung und Gemeinschaftsbildung erfordern zwingend die pädagogische Verantwortung von gut ausgebildeten Lehrkräften. Die Schule von morgen ist nicht die Schule im Elternhaus.

Schulstruktur

Unklar: „Unser Ziel ist der dauerhafte Schulfrieden. SPD und CDU wollen eine zukunftsfähige Schulstruktur schaffen, die über die kommende Legislaturperiode hinaus Stabilität und Kontinuität garantiert."

Ob die Vielfalt des Schulangebots wohnortnah erhalten worden ist, ob die Wahlfreiheit der Eltern (z.B. zwischen inklusiver Schule und Förderschule) gesichert ist, ob die Schulen vor Ort „bedarfsgerecht auf die nötigen Ressourcen zurückgreifen können", das darf in Frage gestellt werden. Und was bedeuten der „Elternwille" und der „örtliche Bedarf" bei der Errichtung von Schulen, insbesondere Gesamtschulen und Oberschulen, wiewohl beide Schulformen anerkannte Teile des niedersächsischen Schulsystems sind. Schulfrieden, das darf nicht heißen, dass die Vielfalt untergraben wird und Gesamtschulen als ersetzende Schulformen besonders gefördert werden.

Von Ziel und Ergebnis der beabsichtigten „Evaluation der weiterführenden Schulen" ist nichts bekannt.

Wenn darunter auch die Vergleichbarkeit des Abiturs innerhalb Niedersachsens und zwischen Niedersachsen und den anderen Bundesländern fällt, dann kann dem nur zugestimmt werden. Niedersächsische Schülerinnen und Schüler dürfen nicht benachteiligt werden. Allein, die bisherigen Verhandlungen innerhalb der KMK haben noch keinen befriedigenden Durchbruch gebracht.

Wege zum Abitur

Erfreulich: „Wir stehen zum neunjährigen gymnasialen Bildungsweg (G9) und wollen ihn zum Erfolg führen."

Die Umstellung auf das Abitur nach 9 Jahren am Gymnasium ist geglückt. Der erste G9-Jahrgang hat im Frühjahr 2021 das Abitur abgelegt mit einem Abi-Durchschnitt von 2,38 sogar besser als in den Vorjahren, und das trotz der Einschränkungen durch Corona und ohne Veränderung der Bewertungsmaßstäbe.

Wir erwarten, dass die Qualität des Abiturs weiterhin gesichert wird und die Vergleichbarkeit des Abiturs nicht zum Alibi für Nivellierungen auf einem Mindestniveau führt, das die Studierfähigkeit einschränkt und sozialen Aufstieg durch Leistung erschwert. Eine vertiefte fachliche und kulturelle Bildung muss das Markenzeichen des gymnasialen Bildungsgangs bleiben. Kein Schmalspurabitur, Studienfähigkeit setzt mehr als ein Abschlusszertifikat voraus!

Offene Fragen

Immer noch gibt es eine Tendenz, Schule völlig neu zu denken und einseitig auf eigenverantwortliches Lernen, Gleichwertigkeit aller Fähigkeiten und Verzicht auf individuelle Leistungsanforderungen zu setzen. Konkret bedeutet das: Verzicht auf Abschlussprüfungen, auf individuelle Noten, auf schriftliche Klassenarbeiten und auf Klassenwiederholungen. Teambildung zur Lösung gesellschaftlich relevanter Fragen sei das Gebot der Stunde. Statt eines Diktats könne ein Video mit Gedichtvortrag produziert werden, statt einer Politik-Klausur die Präsentation

einer sozialwissenschaftlichen Studie gewählt werden, angeblich nachhaltiges Lernen statt Büffeln von unnützem Stoff wie Lateinvokabeln.

Das ist nicht unser Verständnis von Bildung, einer Bildung, die dem rein ökonomischen Ansatz verpflichtet ist. Gut ist da, was nützt, was unmittelbar zu Ergebnissen führt, egal wie die aussehen. Dass Bildung mit Anstrengung und Durchhaltevermögen verbunden ist, dass Bildung ein langfristig angelegter Prozess ist, dass Bildung mehr als Selbstverwirklichung ist, dass Bildung mit Selbstüberwindung und dem Verarbeiten von Misserfolgserlebnissen verbunden ist, dass Bildung sich durch die Breite der fachlichen Zugänge entwickelt und dass sich Bildung erst durch das Zusammenspiel von Wissen und ethisch-kulturellen Zusammenhängen aufbaut, das alles tritt zu sehr in den Hintergrund. Das Fundament muss stimmen. Und das sind immer noch Basiskompetenzen, angefangen beim Rechnen, Schreiben und Lesen.

Für uns als PHVN steht fest: Bildungsausgaben sichern politische und wirtschaftliche Stabilität und müssen Priorität haben!

Zur Sache: Der Mathematikunterricht soll spitze werden!

Von Dr. Christoph Rabbow

© Robert Kneschke – Adobe Stock

Die Kultusministerkonferenz hat im Dezember 2021 ein Zehnjahres-Programm zur Stärkung der mathematischen Bildung beschlossen. Die Leistungen deutscher Schülerinnen und Schüler im Fach Mathematik sind im internationalen Maßstab nicht konkurrenzfähig.

Das Problem beginnt bereits in den Grundschulen, die die mathematischen Grundlagen für die weiteren Schulen legen sollten. Durchgeführte Studien zeigen, dass Deutschland im Vergleich führender Industrieländer nicht mithalten kann. Bei uns verfügt jedes vierte Kind gerade einmal über „elementare mathematische Fähigkeiten“. Dabei ist das Problem nicht neu, denn die erste repräsentative Vergleichsstudie in Mathematik und den Naturwissenschaften vor 25 Jahren zeigte bereits, dass deutsche Schülerinnen und Schüler international nur Mittelmaß sind. Nun reagiert die KMK mit dem Zehnjahres-Programm „QuaMath – Unterrichts- und Fortbildungs-Qualität in Mathematik entwickeln“. Dieses soll die mathematische Bildung in Deutschland wieder auf Vordermann bringen. Die KMK stellt nun fest, dass man über die Qualitätsmerkmale von Mathematikunterricht nicht viel weiß, obwohl über Kriterien guten Unterrichts seit Jahren herumphilosophiert wird.

Ein forschungsbasiertes Programm soll es nun richten

Das vom Deutschen Zentrum für Lehrerbildung Mathematik am Leibniz-Institut (DLZM, Kiel) entwickelte Programm soll gemeinsam mit den Ländern umgesetzt werden und Abhilfe schaffen. „Vor allem mit Anregungen zur Unterrichtsentwicklung, fachdidaktisch fundierten Fortbildungsmaßnahmen und durch die Vernetzung aller Beteiligten soll das Programm mehr als 10.000 Schulen erreichen.“ Das wäre nur etwa ein knappes Drittel der deutschen Schulen. Für das „forschungsbasierte“ Programm erhält das DZLM ab 2023 eine Fördersumme in Höhe von 17,6 Millionen Euro für die ersten 5,5 Jahre. Die Länder investieren zudem jährlich weitere 5,5 Millionen Euro für die Koordination, denn „die gewonnenen Erkenntnisse werden in die Qualifizierung der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren integriert“.

Kompetenzentwicklung im Mathematikunterricht

Frau Prof. Susanne Prediger, Leiterin des DZLM-Netzwerks, fasst die Qualitätsmerkmale für die Programmentwicklung „guten Unterrichts“ zusammen. Mathematische Kompetenzen entwickeln sich ...

- durch aktives und tiefgehendes Denken, nicht durch Oberflächenlernen (Kognitive Aktivierung),
- indem inhaltliches Verständnis aufgebaut wird, nicht nur durch Aneignung unverstandener Rezepte (Verstehensorientierung),
- wenn mathematische Inhalte, Prozesse und Ideen immer wiederkehren und systematisch verknüpft werden (Durchgängigkeit),
- wenn die Lernenden ausgehend von ihren individuellen Lernständen fokussiert gefördert werden (Lernendenorientierung & Adaptivität) und
- wenn sich Verständnis in gemeinsamen Gesprächen mit Lehrkräften und Lernenden entwickeln kann (Kommunikationsförderung).“

Mathematik soll spitze werden – Brauchen wir ein „QuaMath“ -Programm?

Bis 2027 werden 45 Millionen Euro in die Hand genommen, um den Matheunterricht zukunftsfähig zu machen. Die Probleme sind jedoch grundsätzlicher als dass sie sich in fünf Kompetenzaspekten zusammenfassen ließen. Mathematische Kompetenzen ändern an den geringen

mathematischen Fertigkeiten und Fähigkeiten der Kinder nur wenig. Wem nützt die kognitive Aktivierung, wenn basale Kenntnisse aus der Arithmetik, Algebra oder Geometrie nicht abrufbar sind? Wem nützt eine Verstehensorientierung, wenn selbst die Orientierung im Zahlraum bis 100 nicht gewährleistet ist? Wem nützt die Förderung der Kommunikation, wenn die eigene Sprache nicht beherrscht wird?

Fakt ist, die Ansprüche an den Mathematikunterricht der Primarstufe sind immer weiter gesunken. Grundrechenarten gebührt nicht der nötige Stellenwert, geometrische Fertigkeiten werden kaum noch vermittelt. Auswendiglernen ist verpönt, stattdessen wird „mathematisch diskutiert", was ohne mathematisches Grundverständnis völlig sinnfrei ist.

Mathematik ist eine hierarchische Wissenschaft oder Übung macht den Meister

Axiome bilden das Fundament der Mathematik. Fehlt die axiomatische Sichtweise ist, das Haus, das auf diesem Fundament steht, baufällig oder sogar einsturzgefährdet. Mathematik ist wie kaum eine andere Wissenschaft hierarchisch geprägt. Auszeiten können sich Schüler kaum nehmen, weil sonst, um im Bilde zu bleiben, das mathematische Haus Schaden nimmt. Man muss immer wieder renovieren, nachbessern und Lücken schließen und das kann man in der Mathematik nur mit einer wiederkehrenden sinnvollen Übungskultur, die Zeit in Anspruch nimmt und sich auch zu Hause wieder etablieren muss.

Der schöne Schein elektronischer Hilfsmittel oder vom Scheitern der Gerüstdidaktik

Als vor 25 Jahren elektronische Hilfsmittel wie GTR und CAS im Mathematikunterricht aufkamen, glaubte man, fehlende Fertigkeiten und Fähigkeiten durch den Einsatz ausgleichen zu können. Anfangs noch durch eine Gerüstdidaktik legitimiert, d.h. erst wenn die konkrete mathematische Fertigkeit durch die Lernenden händisch erlangt worden war, durfte der Rechner diese Fertigkeit übernehmen, ist dies heute anders. Der Einsatz hat sich verselbständigt und daran tragen wir eine Mitschuld, vermittelten wir doch den Eindruck, dass CAS und GTR den Kindern ihre mathematischen Probleme abnehmen. Es werden im Unterricht parabelförmige Brücken, krümmungsruckfreie Straßenübergänge und integrale Deichquerschnitte modelliert, als gäbe es mathematisch keine anderen Probleme. Ein mathematischer Beweis als fehlerfrei anerkannte Herleitung der Richtigkeit einer Aussage wird heute kaum noch geführt. Das Bild, das Schule heute von der Mathematik zeichnet, ist stark anwendungsbezogen und viel zu wenig an den mathematischen Prinzipien orientiert. Es ist, wenn nicht verzerrt, so doch unvollständig und einseitig.

Neue Mathematiklehrkräfte braucht das Land

Ein Qualitätsprogramm ändert auch nichts an dem zurzeit fehlenden Nachwuchs an Mathematiklehrkräften. Dieser wird sich in den kommenden zehn Jahren auch nicht auflösen. Bis 2030 werden nicht genügend Lehrkräfte in den MINT-Fächern ausgebildet. In den nächsten fünf Jahren muss erheblich in die Lehrkräfteausbildung an Hochschulen und Studienseminaren investiert werden, um dem eklatanten Fachkräftemangel zu begegnen. Wem nützen schöne Programme ohne den mathematisch geschulten Nachwuchs. Man wird in diesem Bereich sicher nicht mit 45 Millionen Euro auskommen. Dennoch wäre dies die beste Investition in die Köpfe unserer Schülerinnen und Schüler.

Recht auf Nichterreichbarkeit muss gewährleistet bleiben

Der Prozess der Digitalisierung im schulischen Bereich hat bekanntermaßen Fahrt aufgenommen. Geplant ist jetzt auch die Einführung von dienstlichen eMail-Adressen für Beschäftigte des Landes an niedersächsischen Schulen in öffentlicher Trägerschaft - ein entsprechend benannter Erlassentwurf ist dem PhVN im Anhörungsverfahren zugegangen. Unsere Stellungnahme hierzu finden Sie auf der Homepage. Damit verbunden sind dann aber auch Fragen der Erreichbarkeit von Beschäftigten. Eine Ausgestaltung der sog. Abruf-Verpflichtung soll dabei der jeweiligen Schulleitung unter Beteiligung der Personalvertretung überlassen werden. Diese Problematik besteht aber nicht nur im Bereich der dienstlichen eMail-Adressen - auch in der Rechtsberatung nehmen die Anfragen zu, bis zu welcher Zeit Beschäftigte in Schule z. B. verpflichtet sind, Änderungen im Vertretungsplan abzurufen und zu prüfen.

Die Haltung des PhVN ist hier eindeutig und nicht verhandelbar: Es muss ein „Recht auf Nichterreichbarkeit" gewährleistet bleiben. Dies umfasst die Forderung, dass ein zeitlicher Rahmen geschaffen werden muss, außerhalb dessen ein Abruf dann für die jeweiligen Beschäftigten eben nicht mehr verpflichtend ist und vorausgesetzt werden kann. Dies könnte z.B. in zeitlicher Hinsicht nach 16.00 Uhr des jeweiligen Arbeitstages oder an Wochenenden sowie an sonstigen freien Tagen der Fall sein. In dringenden Fällen bedarf es ohnehin immer der direkten Rücksprache mit den Beteiligten unter Ausnutzung auch anderer Kommunikationswege, als beispielsweise der dienstlichen eMail.

Ebenfalls problematisch ist eine verpflichtende Nutzung oder auch die Abrufverpflichtung, solange nicht auch allen Betroffenen entsprechende digitale Endgeräte hierfür zur Verfügung gestellt werden. Hieran fehlt es in Teilen des Landes noch immer.

Wenn also entsprechende Entscheidungen und die Aufstellung von Regelungen hierzu auch an Ihrer Schule anstehen und geplant sind, sensibilisieren Sie die jeweiligen Personalvertretungen, damit Ihre Rechte gewahrt bleiben! Selbstverständlich stehen auch wir Ihnen hierbei bei Rückfragen jederzeit zur Verfügung.

Impressum

Herausgegeben vom Philologenverband Niedersachsen • Sophienstraße 6 • 30159 Hannover • Tel. 05 11 36475-0 • phvn@phvn.de • www.phvn.de
Auflage: 30.000 • Verantwortlich: Horst Audritz • Gestaltung: Frank Heymann